



Alle sieben Stadtkreise haben sich für das ambitioniertere Klimaziel «2040» ausgesprochen. Der Stadtrat hat damit einen klaren Auftrag. rk

# «Ein Vertrauensbeweis in unsere Klimapolitik»

Die Winterthurer Stimmbewölkerung hat sich in der Stichfrage für «Netto-Null bis 2040» entschieden. Das freut insbesondere die zuständige Stadträtin Katrin Cometta. Auch die Klimaallianz zeigt sich zufrieden. Dass sich Klimastreik und AL aus dem Verein zurückziehen, sei absehbar gewesen.

**WINTERTHUR** Bereits am frühen Sonntagnachmittag, 28. November, zeichnete sich ab, dass es wohl ein klares Resultat zur lokalen Vorlage «Klimaziel netto null Tonnen CO<sub>2</sub>» mit insgesamt drei Stimmzetteln geben würde. Kurz vor 17 Uhr war es dann definitiv: Alle sieben Winterthurer Wahlkreise haben die beiden Varianten «Netto-Null bis 2040» und «Netto-Null bis 2050» angenommen (siehe Box). Somit musste die Stichfrage entscheiden. Und auch dort war das Resultat deutlich: 60,4 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich für die Variante mit dem früheren Datum entschieden.

«Das Strahlen ist noch nicht aus meinem Gesicht gewichen, das klare Signal der Winterthurer Stimmberechtigten freut mich immer noch sehr», sagt die zuständige Stadträtin Katrin Cometta (GLP), die dem Departement für Sicherheit und Umwelt vorsteht, nach der Abstimmung. Die Zustimmung der Winterthurer Stimmbewölkerung zum Ziel netto null 2040 sei wichtig für die gesamte Stadtverwaltung, zumal an der Erreichung des Klimaziels alle Departemente beteiligt seien. Auch über die hohe Stimmbeteiligung freue sich Cometta sehr. «Kombiniert mit der deutlichen Zustimmung von über 60 Prozent erhöht dies die Legitimation des Entscheids. Das verschafft uns Rückenwind bei der Umsetzung und ist auch ein Vertrauensbeweis der Bevölkerung in unsere Klimapolitik.»

## Stadt hat nun klaren Auftrag

Die klare Zustimmung zum ehrgeizigeren Klimaziel gebe der Stadt einen klaren Auftrag und die Legitimation, die dazu notwendigen Massnahmen anzugehen. «Wir werden unseren Plan bis 2028 mit den über 50 Klimaschutz-Massnahmen weiter umsetzen», nennt die zuständige Stadträtin die nächsten Schritte. Aktuell forcire die Stadt im Bereich Strom den raschen Ausbau von PV-Anlagen auf städtischen Dächern. «Mit der Überarbeitung des Energieplans stellen wir die Weichen für die zukünftige, klimafreundliche Wärmeversorgung von Winterthur.» Gerade in diesem Bereich unterstütze das neue kantonale Energiegesetz die Bemühungen der Stadt. Um eine CO<sub>2</sub>-neutrale Stadtverwaltung bis 2035 zu erreichen, seien unter anderem Massnahmen bei der Beschaffung und der Mobilität in Bearbeitung. «Es sollen wo möglich keine fossil

betriebenen Fahrzeuge mehr angeschafft werden», erklärt Cometta.

## Rückzug aus der Klimaallianz

Noch bevor alle Stadtkreise ausgezählt waren, teilte die Alternative Liste mit, dass sie sich aus der Klimaallianz zurückziehe. «Die Abstimmung zu Netto Null CO<sub>2</sub> Emissionen bis 2040 ist gewonnen, und somit ist es Zeit, sich neu zu orientieren», schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. Die AL habe die Zusammenarbeit in der Klimaallianz schon immer als temporär angesehen. Nach dem klaren Ja müsse die städtische Klimapolitik nun ganz neu gedacht werden. «Das ist mit der Klimaallianz in der jetzigen Form nicht möglich», heisst es im Schreiben weiter. Zwar hätten sich alle gemeinsam immer wieder für kleine Projekte ausgesprochen, zu den grossen Würfeln, die es in der jetzigen Situation brauche, sei jedoch keine Mehrheit zu finden. Immer wieder nehme die Klimaallianz faule Kompromisse hin, welche die AL nicht mehr mittragen wolle und könne.

Den offiziellen Austritt aus der Klimaallianz bekannt gegeben hat auch der Klimastreik Winterthur. «Durch den monatelangen Druck des Klimastreiks gelang es, netto null bis 2040 im Gemeinderat überhaupt zur Diskussion zu bringen», heisst es seitens der Aktivisten. Mit der Abstimmung habe man erreicht, was als «soziale Bewegung innerhalb einer Allianz mit Parteien» möglich war. Auf Parteien und Parlamente könne man sich aber nicht verlassen,

weshalb der Klimastreik nun weiterhin Druck von der Strasse aufbauen wolle.

## Klimaallianz nicht überrascht

Dieser Entscheid kommt für Robin Huber, Co-Kampagnenordinator der Klimaallianz, wenig überraschend. Der Klimastreik habe schon zu Beginn der gemeinsamen Kampagnenplanung kommuniziert, dass er sich nach der Abstimmung weiterhin für Klimaneutralität bis 2030 einsetzen werde. «Insofern war ein Austritt aus der Klimaallianz absehbar», sagt Huber auf Anfrage. Den definitiven Entschluss hätten die Aktivisten am Morgen des Abstimmungssonntags «in Form eines freundlichen Austritt-Briefs» mitgeteilt. «Es wurde gegenseitig versichert, weiterhin im Austausch bleiben zu wollen.» Ebenfalls am Sonntagmorgen habe die AL den Austritt bekannt gegeben. Dieser wurde laut des Co-Kampagnenkoordinators intern nicht angekündigt. «Begründet wurde der unangekündigte Austritt damit, dass der Basis-Entscheid gegen den Verbleib in der Klimaallianz sehr kurzfristig ausfiel.»

EVP, SP, GLP und Grüne seien sich einig, den Verein als klimapolitisches Forum weiterzuführen. «Über die weitere Zusammenarbeitsform wird die Klimaallianz im Frühjahr 2022 befinden und kommunizieren», sagt Robin Huber. Man wolle etwa sicherstellen, dass nun die städtischen Massnahmen auch umgesetzt werden, um netto null CO<sub>2</sub> bis 2040 zu erreichen.

● Ramona Kobe

## So stimmten die Stadtteile bei der Netto-null-Vorlage ab

Das Ergebnis war ziemlich deutlich: Die Winterthurer Stimmbewölkerung sprach sich klar für die Klimaneutralität bis 2040 aus. In allen sieben Stadtkreisen fiel das Ergebnis gleich aus. Dennoch sind ziemlich grosse Unterschiede auszumachen.

In den beiden traditionell links wählenden Stadtteilen Veltheim und Altstadt waren die Ja-Anteile für beide Varianten am höchsten, gefolgt von Mattenbach. In diesen drei Kreisen war der Zuspruch für das frühere Datum etwas höher. In den vier anderen Kreisen war das Ja zu «Netto-Null bis 2050» deutlicher als jenes zu «Netto-Null bis 2040». Am knappsten nahm Seen mit 50,2 Prozent die

Version mit dem früheren Datum an. In Veltheim war die Stimmbeteiligung mit Werten um die 70 Prozent bei den drei Entscheiden (zwei Varianten plus Stichfrage) am höchsten, am tiefsten war sie in Töss.

Insofern überrascht es deshalb, dass sich alle Stadtkreise in der Stichwahl für das Netto-null-Ziel bis 2040 aussprachen. In den bürgerlicheren Stadtteilen Seen und Wülflingen waren die Ergebnisse pro «2040» eher knapp mit 51,4 Prozent respektive 53,6 Prozent. In der Altstadt (70,1 Prozent), in Veltheim (76,0 Prozent) und Mattenbach (64,0 Prozent) entschied sich eine deutliche Mehrheit für das Netto-null-Ziel bis 2040. mh

POLIT-KOLUMNE

## Es wird nicht einfach behauptet, sondern zugehört

Am letzten Abstimmungssonntag wurde der Bundesplatz zum ersten Mal abgeriegelt. Es ist eines von vielen Symptomen, welche die langanhaltende Polarisierung der Politik aufzeigt. Die Pandemie ist nicht der einzige Treiber. Wer Social Media nutzt, gibt mit Likes oder Klicks seine Präferenzen bekannt und bekommt vor allem Inhalte zu lesen, welche die eigene Meinung stärken. Die anschliessende Vernetzung mit Gleichgesinnten ist per Knopfdruck möglich. Man kann sich kritischen Anmerkungen entziehen und bequem radikalisieren. Dass die Anzahl Klicks von vielen Medienhäusern gezielt durch provokative Inhalte in die Höhe getrieben und stolz als Qualitätsmerkmal den werbeinserierenden Kunden angepriesen werden, ist nicht deeskalierend.

Aber ich bin auch optimistisch. Seit neuem bin ich aktives Mitglied der GLP. Nebst der politischen Richtung bin ich vom politischen Stil dieser Partei begeistert. Es wird nicht einfach behauptet, sondern vor allem auch zugehört. Der GLP-Aufwärtstrend stimmt mich zuversichtlich, dass das Mass der ständigen Provokationen der Polen doch für ein Grossteil der Bevölkerung voll ist und viele, sich nach mehr Harmonie und Kompromissen in unserer Gesellschaft sehen.

● Jan Guddal

Jan Guddal ist Vorstandsmitglied und Stadtparlamentskandidat der GLP Winterthur.



## Keine Steuererhöhung in Pfungen

**PFUNGEN** An der Gemeindeversammlung vom Donnerstag, 25. November, beantragte der Pfüngener Gemeinderat eine Erhöhung der Steuern um fünf Prozentpunkte. Diese sei «unumgänglich», um die «zwingend anstehenden Investitionen» tätigen zu können und die «Instandhaltung der Infrastruktur als auch die Lebens- und Dienstleistungsqualität der Gemeinde» sicherzustellen, heisst es im beleuchtenden Bericht. Doch der Gemeinderat konnte die Versammlung nicht überzeugen. Diese lehnte eine Steuererhöhung deutlich ab. Damit bleibt der Steuerfuss in Pfungen auch im nächsten Jahr bei 117 Prozent. Das Budget sowie die revidierte Gebührenverordnung wurden dagegen mit grosser Mehrheit genehmigt. pd